



„Aus guten Absichten gute Politik zu machen, ist eine Herkulesaufgabe.“

Generaloberin Gabriele Müller-Stutzer
Präsidentin des Verbandes
der Schwesternschaften vom DRK e.V.

Endlich spürbare Veränderungen?

Welchen Stellenwert nimmt die Pflege im neuen Koalitionsvertrag ein?

► Der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP liegt vor, die neue Bundesregierung ist im Amt, der neue Gesundheitsminister heißt Prof. Lauterbach. Der Koalitionsvertrag trägt den ambitionierten Titel „Mehr Fortschritt wagen“. Der Zielsetzung „alle Menschen in Deutschland sollen gut versorgt und gepflegt werden“* und der Absicht der Regierungskoalition, „[...] für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sowie eine menschliche und qualitativ hochwertige Medizin und Pflege“* zu sorgen, wird sicher niemand widersprechen. Aus guten Absichten gute Politik mit spürbaren und erwünschten Veränderungen für Pflegende im „richtigen Leben“ zu machen, ist in unserem komplexen Gesundheitssystem leider eine Herkulesaufgabe. Der Koalitionsvertrag widmet dem Aufgabenbereich der Pflege erfreulich viel Raum und demonstriert auch auf diese Weise den hohen Stellenwert der Pflegenden und ihrer Aufgaben. So haben sich die Koalitionäre zum Beispiel darauf geeinigt, eine Milliarde Euro (!) als Anerkennung für die „herausragende Leistung“* während der Pandemie in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Kommt Ihnen das bekannt vor? Ja genau – das hatten wir schon einmal! Gedacht als monetäres Zeichen der Wertschätzung für geleistete Arbeit der Pflegekräfte durch den Steuerzahler, wurde die Verteilung der Zuwendung in den Einrichtungen vielerorts zum Streitfall. Die kontroversen Diskussionen über die Frage, wer bekommt warum wieviel

Bonus ließ die beabsichtigte Wirkung nahezu verpuffen. Wie schwierig es sein kann, mit dem Instrument der Bonuszahlung „zielgruppengerecht und angemessen“ in einem Bereich umzugehen, in dem auch pandemisch bedingte Herausforderungen grundsätzlich von multiprofessionellen Teams

„Verzichten Sie auf die Einmalzahlung, streichen Sie stattdessen die Steuerpflicht für alle Zulagen, die üblicherweise im Pflegebereich bezahlt werden.“

gemeistert werden müssen, zeigt die Verzögerung der eigentlich bereits für Januar 2022 geplanten Auszahlung.

Meine Meinung zum Thema: Verzichten Sie auf die Einmalzahlung, streichen Sie stattdessen die Steuerpflicht für alle Zulagen, die üblicherweise im Pflegebereich gezahlt werden! Das ist eine (indirekte) anhaltende „Gehaltserhöhung“, die jede Pflegekraft verdient.

Und wenn darüber hinaus der Stellenwert der Pflege auf politischer Ebene gestärkt werden soll, investieren Sie substanzial in die Finanzierung von Pflegestudiengängen bzw. der Studierenden und in die Arbeit des Deutschen Pflögerates. Dies sind die nachhaltigen Zukunftsprojekte, von denen alle Pflegenden auch noch lange nach der Beendigung der pandemischen Lage profitieren werden!

* siehe Koalitionsvertrag S. 66 und S. 80 (abrufbar über www.spd.de/koalitionsvertrag2021)